



Die Privatisierung des Frankfurter Klinikums war ein Fehler

„Für die beruflich Pflegenden müssen sich die Bedingungen schnellstmöglich und dauerhaft verbessern, aber der Gesundheitsminister spielt weiterhin auf Zeit“, begründet Stefan Kunath die gemeinsame Protestaktion mit der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di am Brunnenplatz zum Internationalen Tag der Pflege am 12. Mai. Hierzu zeigten DIE LINKE und ver.di zusammen mit Pflegekräften aus der Region Gesundheitsminister Jens Spahn die rote Karte.

Auf die Situation am Klinikum in Frankfurt (Oder) bezogen sagt Stefan Kunath: „Wir als LINKE bleiben trotz Corona-Sonderzahlung wachsam, denn die Situation am Klinikum Frankfurt (Oder) ist weiterhin äußerst angespannt. Die Auslagerung von bettenfernen Servicediensten an Subunternehmen unterhöhlt die Tarifbindung, verschlechtert die Arbeitsbedingungen und führt zu noch mehr Arbeitsdruck. Im schlimmsten Fall führt die Auslagerung zu Massenentlassungen, wie die Sana-Kliniken in Woltersdorf oder Cottbus

gerade beweisen. Deshalb sagen wir Nein zu Ausgliederungen. Krankenhäuser sind Gesamtbetriebe.“

Und weiter: „Die Privatisierung des Klinikums war ein Fehler. Immer weniger Personal trifft auf immer höhere Bedarfe. Die Konzernabschlüsse am Klinikum Frankfurt (Oder) sind stabil. Aber jedes Jahr gehen Millionenbeträge in die Taschen der Gesellschafter und Aktionäre und fehlen deshalb bei Investitionen in Personal und Service. Deshalb setze ich mich für eine bundes-

weite Regelung ein, die Gewinnmitnahmen aus den Krankenhäusern auf Kosten der Allgemeinheit verhindert. Auf Bundesebene wollen wir als LINKE einen Fonds einrichten, um Kliniken zu rekommunalisieren. Damit könnten wir auch unser Klinikum mittelfristig der Marktlogik entziehen“, so Stefan Kunath, Direktkandidat der LINKEN zur Bundestagswahl im Wahlkreis 63 Frankfurt (Oder) / Oder-Spree.

Jetzt Petition gegen Kürzungen in der Tagespflege unterzeichnen! (Seite 3)

**Zum 80. Jahrestag
des Überfalls Nazi-
Deutschlands auf die
Sowjetunion 1941**

Seiten 4-8

**Stahlstandort in Gefahr?
Unruhige Zeiten für
Eisenhüttenstadt**

Seite 10

**Bundestagswahl 2021
Zum Wahlprogramm der
LINKEN**

Seite 15

**Corona-Pandemie
Freigabe der Patente und
Lizenzen für Corona-
Impfstoffe jetzt!**

Seite 20

Termine

AG DIE LINKE. stärken

25. Mai 2021, 18:00 Uhr

Lesekreis „Klassentheorie“

(Näheres siehe DRH, Ausgabe 04.2021, S. 18)

Thema: Ein marginales Zentrum. Geschlechterverhältnisse sind Produktionsverhältnisse. (Frigga Haug)

📍 Onlineveranstaltung. Zugangsdaten: <https://videokonferenz.die-linke.de/b/fra-ecz-r3f-kxu>

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

27. Mai 2021, 17:00 bis 19:00 Uhr

Sitzung des Kreiswahlkampfteams

📍 Volkssolidarität Frankfurt (Oder) e.V., Raum Oderblick, Logenstr.1, 15230 Frankfurt (Oder)

Teilnahme nur mit einem medizinischen Mund-Nase-Schutz, einer KN95/FFP2-Maske oder höherwertig möglich

Fraktion DIE LINKE. / BI Stadtumbau in der SVV

27. Mai 2021, 18:00 Uhr

Fraktionssitzung

📍 Durchführung als Präsenzsitzung oder als Virtuelle Sitzung. Bitte am Tag vor dem Termin erfragen (01523 739 56 22 oder frank.kreitner@dielinke-ffo.de). Bei Durchführung als Präsenzsitzung findet die Sitzung im Oderturm in der 9. Etage / Raum Heilbronn statt.

AG DIE LINKE. stärken

29. Mai 2021, 14:00 bis 16:00 Uhr

Treffen der AG

Schwerpunkt: DIE LINKE. hilft! Beraten. Organisieren. Kämpfen.

📍 Hybrid-Veranstaltung (Bis zu 5 Teilnehmende in der Kreisgeschäftsstelle; Video-/Telefonkonferenz). Zugangsdaten: <https://videokonferenz.die-linke.de/b/fra-pgx-crr> (Bitte als Browser Firefox oder Chrome nutzen). Rufnummer für die Teilnahme per Telefon: 030 809 495 40. PIN 19544. Der Raum wird ab 14:45 Uhr geöffnet. Interessierte an einer Teilnahme in der KGst melden sich bitte bis zum 28. Mai 2021, 17:00 Uhr, bei Christian Lehmann (Tel. 0159 06518202).

AG DIE LINKE. stärken

01. Juni 2021, 18:00 Uhr

Lesekreis „Klassentheorie“

(Näheres siehe DRH, Ausgabe 04.2021, S. 18)

Thema: Rückkehr nach Reims. Wie aus Linken Rechte werden. (Didier Eribon)

📍 Onlineveranstaltung. Zugangsdaten: <https://videokonferenz.die-linke.de/b/fra-ecz-r3f-kxu>

Fraktion DIE LINKE. / BI Stadtumbau in der SVV

03. Juni 2021, 18:00 Uhr

Fraktionssitzung

📍 siehe Termin Fraktionssitzung am 27. Mai

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

04. Juni 2021 17:00 Uhr

Gemeinsame Sitzung des Kreisvorstandes mit den Vorsitzenden/Sprecher*innen der Basisorganisationen und Arbeitsgemeinschaften

📍 Durchführung als Präsenzsitzung in Abhängigkeit des aktuellen COVID-19 Infektionsgeschehen. Alternativ wird die Sitzung als Video- und Telefonkonferenz durchgeführt. Die Zugangsdaten gibt es dann per Mitgliederemail oder können per Mail (frank.kreitner@dielinke-ffo.de) angefordert werden.

AG DIE LINKE. stärken

08. Juni 2021, 18:00 Uhr

Lesekreis „Klassentheorie“

(Näheres siehe DRH, Ausgabe 04.2021, S. 18)

Thema: Umkämpfte Globalisierung und soziale Klassen. 20 Thesen für eine demokratische Klassenpolitik. (Klaus Dörre)

📍 Onlineveranstaltung. Zugangsdaten: <https://videokonferenz.die-linke.de/b/fra-ecz-r3f-kxu>

AG Seniorinnen & Senioren

10. Juni 2021, 09:00 Uhr

Sitzung der AG

📍 Hybrid-Veranstaltung (Bis zu 5 Teilnehmende in der Kreisgeschäftsstelle; Video-/Telefonkonferenz). Zugangsdaten: <https://videokonferenz.die-linke.de/b/fra-pgx-crr> (Bitte als Browser Firefox oder Chrome nutzen). Rufnummer für die Teilnahme per Telefon: 030 809 495 40. PIN 19544. Der Raum wird ab 08:45 Uhr geöffnet. Interessierte an einer Teilnahme in der KGst melden sich bitte bis zum 09. Juni 2021, 17:00 Uhr, bei Elke Thiele (Tel. 0162 9193663).

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

16. Juni 2021, 18:00 bis 20:00 Uhr

Kreisvorstandssitzung

📍 Durchführung als Präsenzsitzung in Abhängigkeit des aktuellen COVID-19 Infektionsgeschehen. Alternativ wird die Sitzung als Video- und Telefonkonferenz durchgeführt. Die Zugangsdaten gibt es dann per Mitgliederemail oder können per Mail (frank.kreitner@dielinke-ffo.de) angefordert werden.

AG DIE LINKE. stärken

18. Juni 2021, 15:00 bis 18:00 Uhr

Infostand

DIE LINKE. hilft auf Mindestsicherung Angewiesenen durch Beratung, beim Organisieren und Kämpfen | Themen: „Jetzt Anträge für digitale Endgeräte stellen!“ und „Hartz-IV-Sanktionen abschaffen!“

📍 Stadtgebiet: Gubener Vorstadt, Nähe Haltestelle Anger

VVN-BdA Frankfurt (Oder)

22. Juni 2021, 17:00 Uhr

Gedenkveranstaltung zum 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion

📍 Sowjetisches Ehrenmal, Anger, 15230 Frankfurt (Oder)

Friedensnetz Frankfurt (Oder)

22. Juni, 18:00 Uhr

„Leuchtend prangten ringsum Apfelblüten“

Gabriele Senft stellt ihren Bildband vor – eine fotografische Spurensuche auf dem Weg der Roten Armee von der Oder bis nach Berlin im Frühjahr 1945

📍 Marienkirche, Oberkirchplatz 1, 15230 Frankfurt (Oder)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

26. Juni 2021, 09:00 bis 12:00 Uhr

2. Tagung des 7. Kreisparteitages

📍 Messe Frankfurt (Oder), Messering 3, Halle 4, 15234 Frankfurt (Oder)

Gedenk-, Aktions- und Feiertage

Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO)

21. Mai

Welttag der kulturellen Vielfalt für Dialog und Entwicklung

23. Mai

Tag des Grundgesetzes

Australien

26. Mai

National Sorry Day

im Gedenken an die Zwangsadoption von ca. 35.000 Aborigineskindern zwischen 1920 und 1969 – die sogenannten Gestohlenen Generationen

Internationale Demokratische Frauenföderation (IDFF)

01. Juni

Internationaler Kindertag

Vereinte Nationen (UN)

05. Juni

Welttag der Umwelt / Weltumweltag

Vereinte Nationen (UN)

08. Juni

Tag des Meeres / Tag der Ozeane

Internationale Arbeitsorganisation (ILO)

12. Juni

Welttag gegen Kinderarbeit

Vereinte Nationen (UN)

20. Juni

Weltflüchtlingstag

Vereinte Nationen (UN)

26. Juni

Internationaler Tag zur Unterstützung der Folteropfer

Historische Ereignisse

23. Mai 1949

Inkrafttreten des deutschen Grundgesetzes/ Gründung der Bundesrepublik Deutschland

06. Juni 1944

D-Day (Landung alliierter Truppen in der Normandie)

16. Juni 1976

Schüler aus den afrikanischen Gettos demonstrieren in Johannesburg gegen die Einführung von Afrikaans als Schulsprache. Das Apartheid-Regime regiert mit Waffengewalt.

20. Juni 1948

Die Währungsreform in den drei Westzonen ordnet das Geldwesen neu und spaltet zugleich die Währungseinheit Deutschlands. Wenige Tage später wird auch in der sowjetischen Besatzungszone eine Währungsreform durchgeführt. Die Auseinandersetzungen um die Währungsreform in Berlin münden in der Berlin-Blockade.

22. Juni 1933

Verbot der SPD. Andere Parteien und Organisationen lösen sich selbst auf oder werden gleichgeschaltet.

Jahrestage

26. Mai 2012 | Exeter, England

† Zvi Aharoni

Zvi Aharoni war ein israelischer Mossad-Agent. Er war wesentlich an der Ergreifung Adolf Eichmanns beteiligt. Hermann Aronheim (später Zvi Aharoni) entstammte einer gutbürgerlichen Familie, der Vater war Rechtsanwalt. Er besuchte in Frankfurt (Oder) das Friedrichsgymnasium. (Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Zvi_Aharoni)

28. Mai 1987, Ruckersville, Virginia, USA

* Heather Heyer

Heather Heyer wurde bei einer rechtsextremen Demonstration am 12. August 2017 in Charlottesville, Virginia getötet. Sie wurde zu einem Symbol für Bürgerrechte. Der rechtsradikale Attentäter beschleunigte stark und raste in einer schmalen Straße in der Innenstadt in eine Menschenmenge. Bei dem Anschlag wurde die 32-jährige Heather Heyer getötet und 19 weitere Teilnehmer verletzt. Der Attentäter wurde im Dezember 2018 von einer Jury des Mordes für schuldig befunden.

Heyers letzte Worte wurden auf Facebook gepostet: „Wer sich nicht empört, schaut einfach nicht hin.“ (Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Heather_Heyer)

10. Juni 2019 | Frankfurt (Oder)

† Rudolf (Rudi) Ramm

12. Juni 1929 | Frankfurt am Main

* Annelies Marie (Anne) Frank

18. Juni 1936 | Gorki-10, Oblast Moskau, Sowjetunion

† Maxim Gorki

20. Juni 1933 | Archangelskoje, Oblast Moskau, Sowjetunion

† Clara Zetkin

26. Juni 1908 | Valparaíso, Chile

* Dr. Salvador Allende



Virtuelles Brückenfest 2021

alle Videos unter:

www.dielinke-ffo.de/1mai

”

Ich akzeptiere nicht länger die Dinge, die ich nicht ändern kann.

Ich ändere die Dinge, die ich nicht akzeptieren kann.

Angela Davis

“

Keine Kürzungen der Pflegesachleistungen (Tagespflege)

Jetzt Petition unterzeichnen!

In der letzten Ausgabe haben wir auf eine Unterschriftenaktion gegen die Kürzung der Pflegesachleistungen hingewiesen.

Die Petition könnt Ihr bis zum 29. Juni in der Kreisgeschäftsstelle zu den bekannten Öffnungszeiten und auch beim Pflgeteam Gallus (Montag – Freitag von 8:00 – 16:00 Uhr) in der Fürstenwalder Straße 22/23 unterschreiben.

Online ist ebenfalls eine Unterstützung der Petition möglich:

<https://kurzelinks.de/1172>



Betrieb der Geschäftsstelle weiterhin eingeschränkt

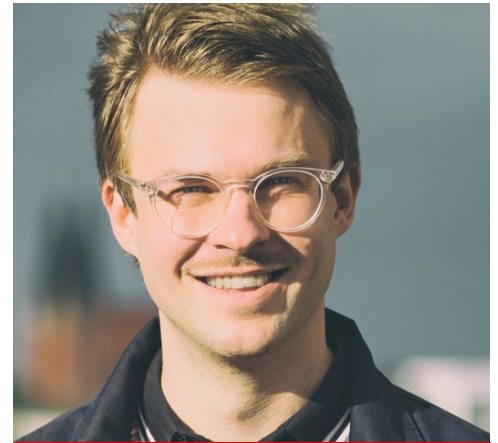
Aufgrund der derzeitigen Pandemielage befindet sich die Kreisgeschäftsstelle weiterhin im eingeschränkten Geschäftsbetrieb.

Daraus ergeben sich folgende Öffnungszeiten:

Dienstags 14:00 – 16:00 Uhr
Donnerstags 09:00 – 10:00 Uhr
Freitags 10:00 – 13:00 Uhr

Außerhalb dieser Öffnungszeiten ist die Geschäftsstelle jederzeit per E-Mail unter geschaeftsstelle@dielinke-ffo.de und per Telefon unter 0335 / 400 20 47 erreichbar. Ihr könnt uns aber auch eine Nachricht hinterlassen, indem Ihr diese in den Briefkasten werft.

Frank Kreitner
Kreisgeschäftsführer



Stefan Kunath

LINKER Direktkandidat im Wahlkreis 63 Frankfurt (Oder) – Oder-Spree, Kreisvorsitzender DIE LINKE. Frankfurt (Oder) und Mitglied der Fraktion DIE LINKE/BI Stadtumbau in der SVV Frankfurt (Oder)

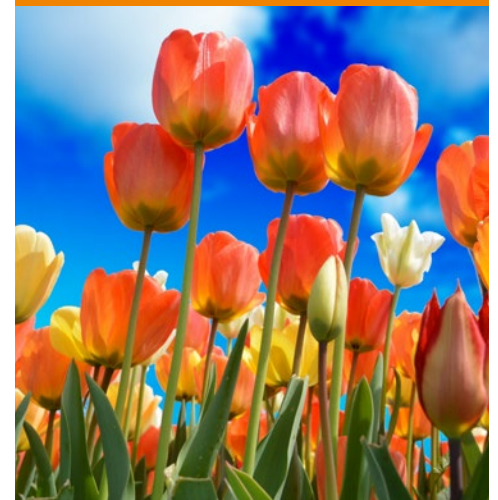
✉ stefan.kunath@dielinke-ffo.de

📘 facebook.com/stefan.kunath.linke

📷 instagram.com/stefan_kunath

🌐 stefan-kunath.eu

Zum Geburtstag wünschen wir allen Genoss:innen und Leser:innen alles Gute und ein wunderbares neues Lebensjahr.



Hinweis:

Im Jobcenter Frankfurt (Oder) ist von Montag bis Freitag, 7:30 bis 12:30 Uhr die Erstellung von Kopien möglich.



Meinst du, die Russen wollen Krieg?

Vor genau 80 Jahren, am 22. Juni 1941, überfiel die faschistische deutsche Wehrmacht die Sowjetunion.

Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der Linksfraktion, Jan Korte, regte an, dass der Bundestag – mit Sitz im geschichtsträchtigen Reichstagsgebäude – dieses historisch herausragende Datum nutzen sollte, um „in angemessener Form an den faschistischen Vernichtungs- und Raubkrieg in der Sowjetunion mit all seinen grausamen Folgen zu erinnern“. Bundestagspräsident Schäuble bat in seiner Antwort um Verständnis, dass er eine derartige parlamentarische Sonderveranstaltung „nicht ins Auge fassen möchte“. – Auch so kann man sich vor politischer Verantwortung drücken. – Und aktuell noch eine leider typische Antwort, diesmal von der Regierungsbank: Auf die diesbezügliche Anfrage der Linke-Bundestagsabgeordneten Sevim Dağdelen gab es diesmal zu lesen: Man werde „im Inland keine Veranstaltungen im Sinne der Fragestellung“ durchführen.

Schaut man dann noch in die aktuellen deutschen Medien, wird im Vorfeld dieses leidvollen Jubiläums praktisch keine Notiz davon genommen. Im Gegenteil: Die anti-russische Hysterie hat ein unglaubliches Ausmaß erreicht!

Schäubles Entscheidung und die des bundesdeutschen Kabinetts passt also in die immer mehr und in weiten Bereichen der Bevölkerung leider auch nicht ganz erfolglos angestachelte „Russophobie“. Man muss keinesfalls ein Freund Putins und seiner Politik in allen Fragen sein. Betrachtet man aber die aktuellen Entwicklungen in Deutschland, Europa und weltweit, kann man doch zumindest ein „Putin-Versteher“ werden. – Übrigens, der Text des Liedes unserer Überschrift entstand 1961, in der schlimmsten Zeit des kalten Krieges, geschaffen von Jewgeni Jewtuschenko.

und ist noch heute für die Beziehungen zwischen den zwei Staaten Deutschland und Russland gültig. Die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags haben den Vertrag in die Liste der fortgeltenden deutsch-sowjetischen völkerrechtlichen Verträge aufgenommen (vgl. WD 2-3000-115/19). Für den damaligen Außenminister Genscher stand nach seinen Äußerungen angeblich fest, dass sich die NATO nicht nach Osten ausdehnen dürfe und würde.

Über die zunehmende Stationierung von Truppen dieser aggressiven Militärmacht immer weiter in Osteuropa, über das Manöver Defender und andere aktuelle Ereignisse liest man aus meiner Sicht in den großen Medien viel zu wenig!

Wolfgang Frotscher

Weder Kanzlerin Angela Merkel noch ihre Kabinettskollegen planten eine Teilnahme an Veranstaltungen im Ausland. Ausrede: Das Deutsch-Russische Museum werde ja „zu 100 Prozent durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien“ gefördert („nd“ vom 6. 4. und 6. 5. 2021).

Erinnern möchte ich an die Gespräche zwischen Gorbatschow und Kohl. Die UdSSR und die BRD vereinbarten am 9. November 1990 den Vertrag zwischen beiden Ländern „über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit“. Er wurde von beiden Politikern unterzeichnet



Krieg oder Frieden?

Glückliches, allseitig schönes Leben braucht nur Frieden! Imperialistisches Finanz- und Wirtschaftskapital mit unablässiger Gier nach Rohstoffen, Absatzmärkten und Profit provoziert mit Hilfe willfähriger Politik Hochrüstung, Konflikte und immer wieder Kriege.

Krieg, fremdes Leid, scheint vielen Mitbürgern weit, oft weltweit oder war ganz früher. Ein lebensgefährlicher Irrtum, den linke Politik, erst recht im Wahljahr, immer wieder an erster Stelle deutlich machen muss.

„Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“-so der millionenfache Aufschrei in Deutschland und allen Teilen der Welt nach der Befreiung von der verbrecherischen faschistischen Hitlerdiktatur durch die Sowjetunion und den Alliierten. Mit einer Niederlage seiner Blitzkriegsstrategie hatte Hitler nie gerechnet. 1939 beginnend mit der Unterordnung von Polen, danach Dänemark, Niederlande, Belgien, Luxemburg und Frankreich als stärkendes Potential, lenkte Hitler mit dem Überfall auf die UdSSR am 22.Juni 1941 auf das eigentliche Ziel. Es ging und geht dem deutschen und internationalen Finanzkapital stets um die „Neuordnung Europas“ und der Welt, durch gewaltsame oder freiwillige Unterwerfung der schwächsten Nationalstaaten.

Nun sollte das nach 1917 an die „Bolschewiki“ verlorene Finanz - und Wirtschaftspotential, das Territorium mit seinen riesigen Rohstoffressourcen ins kapitalistische Wirtschaftssystem zurückgeholt und der Anspruch zur Weltherrschaft gestärkt werden. Dieses Ziel bestimmt noch immer das Handeln der stärksten internationalen Finanzhaie, vor allem der USA und Europas. NATO und EU gebaren sich als liebedienende Helfer. Und Deutschland ist dabei, selbst militärisch, bis an russische Grenzgebiete. Die anmaßende deutsche Oberlehrerrolle gegenüber Staaten, die ihre gesellschaftliche Entwicklung anders struk-

turiert gestalten, also nicht nach den Erwartungen der „Demokraten“ hüpfen, ist unerträglich. Sie werden sanktioniert, blockiert, ausgeschlossen, verwahrt und bedroht. Was bei CDU/CSU Politikern nicht überrascht, lässt vor allem vor der hochkonjunkturellen „grünen“ Frau Baerbock erschrecken. Bleibt zu hoffen, dass sie sich endlich vorurteilsfrei mit der deutschen und europäischen Geschichte beschäftigt. Mittels Geheimdiensten und unter Nutzung der modernen digitalen Technik werden Lügenbilder produziert, ins Zentrum medialer Aufmerksamkeit gedrückt, um Feindbilder gegen Russland aufzubauen und wachzuhalten.

Wer also bedroht andere Völker und den Frieden?

Als Nazideutschland über die Völker Sowjetrusslands herfiel, war ich 8 Jahre alt. Besuch der Volksschule, täglicher Zwang zum Hitlergruß, mit disziplinierendem Druck, einschließlich Rute und Prügel, zur Teilnahme an Jungvolkaktivitäten gezwungen, war ich beinahe immer im Widerspruch. Im Elternhaus vom Vater linksdenkend, mütterlicherseits christlich fühlend und handelnd geprägt, entzog ich mich den Nazis. Eigene Erlebnisse bestärkten mich mit jedem Jahr des Älterwerdens den Nazis zu widersprechen, entgegenzutreten. Der „Preis“: krankenhausreif geschlagen, 3 ältere Spielgefährten, Jungkommunisten, wurden mehrfach „abgeholt“, eingesperrt. Freigelassen erzählten und ermutigten sie uns, mit zu kämpfen. Einer, wurde kurz vor der Zerschlagung des Faschismus im KZ ermordet. Februar/März 1945 zweimal ausgebombt bei anglo-amerikanischen Luftangriffen auf Chemnitz. Hab und Gut, vor allem aber mehrere

Mitbewohner, Schul- und Spielfreunde verloren. Schule zerbombt, und, und, und!

Die Befreiung von Gewalt, Mord, Sirenengeheul, Bombenhagel, Granateinschlägen prägten mein Leben, mein entschlossenes antifaschistisches Handeln für Frieden. Unvergessen bleiben Begegnungen und Gespräche mit Menschen in den von Hitlerdeutschland mit Mord und Zerstörung überzogenen Ländern. So schon 1953 erstmals in Polen, später in Ungarn, Bulgarien, Tschechien, der Slowakei, Belarusland u.a..

1955/56, gebeten von Boris Polewoi, dem von deutschen Jägern abgeschossenen, trotz Beinverlust weiter flugzeugführend gegen die faschistischen Eindringlinge kämpfenden späteren Buchautor, „Der wahre Mensch - Alexej Maresjew“, hatte ich als Student der Komsomol-Hochschule, gemeinsam mit ihm, Gelegenheit, an Moskauer Schulen, im Pionierpalast, in Komsomol - und Einwohnerversammlungen über das verbrecherische Unheil zu sprechen, das Deutsche ihren Völkern brachten. Auch darüber, wie dankbar die Deutschen, die Bürger der DDR, unseren Befreier sind und dass wir nun gemeinsam alles dafür tun, das friedliche Miteinander, die vertrauensvolle Freundschaft zwischen unseren Völkern zu festigen.

45 Jahre bekam diese Freundschaft zwischen der UdSSR und der DDR, dem 1. deutschen Friedensstaat, Europa und der Welt recht gut. Doch seit 30 Jahren, nach den zurückgewonnenen Zugriffsmöglichkeiten des internationalen Finanzkapitals auf die sozialistischen Volkswirtschaften halten sich die Akteure der Imperialistischen Welt an keinerlei Verträge und

UN-Regeln des fairen Miteinander der Staaten zum beiderseitigen Vorteil und ohne Einmischung in die inneren Angelegenheiten. Immer unverfrorener bedrohen sie Russland, China u.a. Länder, die nicht willens sind, ihre Türen offen zu lassen für immer raffiniertere Versuche der Einmischung, der Unterstützung und Finanzierung von Kräften zum Regimewechsel. Die USA beanspruchen die unipolare Welt-herrschaft. Deshalb wird aktuell auch im Dokument „Jährliche Bedrohungsbeurteilung“ „Der US Geheimdienstgemein-

schaft“ vom 9. April 2021 Peking, Moskau, Teheran und Pjöngjang vorgeworfen sie hätten die Absicht bewiesen, ihre Interessen auf Kosten der USA und ihrer Verbündeten durchzusetzen. Das Gegenteil trifft zu.

Putins Hand bleibt ausgestreckt. Noch lebt die Hoffnung, dass es möglich wird, den europäischen Kontinent unter Teilhabe Russlands, weg vom Spielball geostrategischer USA-Interessen hin zu einem sicheren Haus des Friedens zu gestalten.

Dafür zu kämpfen muss erstes Anliegen täglichen Handelns aller Linkskräfte sein, ja, wieder werden!

Hans Hörath

Überlegungen im Jetzt und Heute oder: Gedanken in der Nacht

Ich habe etwas auf dem Herzen und möchte trotz Mundschutz den Mund aufmachen. Ich wohne 150 m entfernt von der Bahnlinie Paris - Moskau.

In schlaflosen Nächten und auch am Tage muß ich des öfteren Züge mit Militärtechnik gen Osten vorbeirattern sehen. Dann denke ich in Abwandlung zu Heine „Denk ich an Russland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht.“

Es wird uns laufend eingehämmert, daß wir aufrüsten müssen, weil uns der Russe bedroht. Wer heute glaubt, dass ein Land,

welches 27 Millionen Menschen im Zweiten Weltkrieg verloren hat, einen neuen Krieg will, der sollte mal Ordnung in seinem Oberstübchen machen.

Wird die Zulassung des russischen Impfstoffes deshalb herausgezögert, weil man Angst hat, die Deutschen könnten ein paar Tröpfchen russisches Gedankengut mit eingepflicht bekommen?

Ich schäme mich, dass Deutschland die Rüstungsausgaben so massiv erhöht hat und dass selbst eine grüne Partei beim Russenhass tüchtig mitspielt. Unsere

Jugend hat in punkto Klima begriffen, dass ihre Zukunft in Gefahr ist.

Wir müssen ihr nur die unmittelbare Gefahr eines neuen Krieges noch viel deutlicher machen. Wenn wir die wahnwitzige Rüstung und das ewige Säbelrasseln nicht beenden, brauchen wir auch eine Corona-Infektion und Klimaänderungen nicht zu fürchten. Bei einem neuerlichen Krieg werden die Lebenden die Toten beneiden.

Erika Ebermann

Deutsch – russische Freundschaft heute

Einige der Älteren waren sicherlich vor über 30 Jahren auch Mitglied der Deutsch – Sowjetischen – Freundschaft. Weit aus weniger Menschen dürfte bekannt sein, dass es einen Rechtsnachfolger im Land Brandenburg gibt.

Dabei handelt es sich um die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft e. V. (www.bfg-ev.org) Sie hat sich zur Aufgabe gemacht, für Toleranz, Völkerverständigung, Antifaschismus und Frieden einzutreten.

Dazu gehört u. a. die Vertiefung bzw. Anbahnung gutnachbarschaftlicher Beziehungen zwischen den Brandenburgerinnen und Brandenburgern und den Völkern der ehemaligen Sowjetunion sowie Partnern in den Nachfolgestaaten der UdSSR oder auch die Pflege von Gräbern und Ehrenhai-

Als Dachverband fungiert der Bundesverband Deutscher West – Ost – Gesellschaften (BDWO). In ihm sind 70 Vereine und Initiativen vereinigt, die die Kontakte zu Russland und den anderen Nachfolgestaaten pflegen, dabei neben zahlreichen anderen Aufgaben auch Bürgerbegegnungen und Patenschaften fördern, humanitäre Hilfe organisieren und Sprachkurse anbieten.

Auch kulturelle Veranstaltungen wie Vorträge, Fachtagungen Symposien gehören dazu. Eine eigene Mitgliederzeitschrift „Wostok“ erscheint, und es bestehen

verschiedene Arbeitskreise (weitere Infos unter www.bdwo.de).

All diese Bemühungen und Aktivitäten dienen dem Austausch von Argumenten und Informationen, um ein differenziertes Bild des jeweiligen Partnerlandes zu vermitteln, jenseits von parteipolitischen und ideologischen Interessen und Grenzen.

*Elke Thiele
Andreas Krüger*

Farbe bekennen zum 80. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion

Am 19. Juni 2021 laden linke Parteien und Vereine zu einer Gedenkveranstaltung am Ehrenmal im Treptower Park ein. Anlass ist der 80. Jahrestag des Überfalls Deutschlands auf die Sowjetunion.



FOTO: DR. ZELTSAM
WIKIMEDIA COMMONS | CC-BY-SA 4.0

Unter den vielen, die an diesem Tage der Millionen Gefallenen des zweiten Weltkrieges, gedenken, verschuldet vom faschistischen Deutschland, werden auch Frankfurter:innen sein.

Geboren im Jahr 1936, ist das nicht mein erster Besuch einer Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus, insbesondere der im Kampf Gefallenen der Roten Armee. Es gibt in meinem Leben viele Ereignisse, die mein Geschichtsbewusstsein geprägt und mein Urteil über das Geschehene gefestigt haben. Mit Blick auf den Zweiten Weltkrieg ist das darüber erworbene Wissen, bestätigt durch etliche persönliche Erfahrungen, besonders emotional geprägt.

Die Sowjetunion bezahlte den Überfall vor 80 Jahren mit etwa 27 Millionen Menschenleben, darunter viele Zivilisten, bezahlte ihn mit verbrannter Erde, zerstörten Städten, niedergebrannten Dörfern.

Den Kämpfenden der Roten Armee sind wir für die Zerschlagung des Faschismus zu großer Dankbarkeit verpflichtet.

Ich erinnere mich an Dinge, die mir in den Wirren des Herbstes 1989 im Gedächtnis geblieben sind. Ein Mitarbeiter der Kaderabteilung, Vorsitzender der DSF (Gesellschaft der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft) verkündete auf einem öffentlichen Anschlagbrett, dass es sich bei den

Mitgliedern der DSF fast nur um Karteileichen handele. Ich las das Urteil mit Empörung, empört über die arrogante Anmaßung, die Haltung vieler Menschen herabzuwürdigen, in der Annahme, dass es sich so verhält. Ich weiß, ich war nicht die einzige, die sich über diese abfällige Einschätzung empörte. Gleichzeitig dachte ich Jahrzehnte zurück. Noch keine 14 Jahre alt, bekam ich bei der Aufnahme in die Oberschule zwei Anträge in die Hand gedrückt: einen für die Aufnahme in die FDJ und den zweiten für die in die DSF. Damals habe ich weder mich noch andere nach den Gründen gefragt. Also danach, warum ich in diesen Organisationen Mitglied werden sollte.

Mein Bildungsgang lehrte mich im Lauf der Zeit die Gründe, und so wurde ich von einer unbedarften Mitläuferin zu einem bewussten Mitglied in diesen Organisationen. Die faschistische Propaganda hatte versucht, mit dem Bild des slawischen Untermenschen Verachtung und Hass gegen die Sowjetunion zu schüren. Die 1947 auf dem Boden der sowjetischen Besatzungszone gegründete „Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion“, später DSF, entwarf das reale Bild von Kunst und Kultur in der Sowjetunion. Die Begegnung mit russisch-sowjetischer Literatur - z. B. Tolstoj, Gorki, Scholochow, Jewtuschenko - oder mit russischer Musik, Architektur hat sehr viel zur Verbundenheit

mit den Völkern der Sowjetunion beigetragen. Und nichts ist für mich unerschütterlicher geblieben als meine Achtung und Freundschaft mit den Menschen der Sowjetunion.

1990 ist von Paul Kohl, Journalist aus Westberlin, das Buch „Ich wundere mich, dass ich noch lebe“ erschienen. 40 Jahre nach Kriegsende begab sich der Autor auf Spurensuche. Er folgte dem Weg der deutschen Wehrmacht von Brest bis kurz vor Moskau und sprach mit vielen Zeitzeugen des Vernichtungsfeldzuges der deutschen Wehrmacht. Er musste lange nach einem Verlag suchen, über 30 lehnten den Druck dieses Zeitdokuments ab. Dank der Bemühungen von Erik Rohrbach, war Paul Kohl Gast der Freundschaftsgesellschaft in Frankfurt. Er stellte sein Buch vor. Nicht nur einmal stockte einem der Atem bei diesen Zeitzeugenberichten. Ich besitze dieses Buch mit der Widmung des Autors: „Mit herzlichen Wünschen für eine friedliche Zukunft, Paul Kohl, 18. 6. 91“

Und jetzt frage ich mich, wie sicher ist eigentlich eine „friedliche Zukunft“?

Angst machen mir Äußerungen von Politikern und Politikerinnen, die davon sprechen, Deutschland müsse zurück zu einer Politik der Stärke. Nicht zu übersehen ist der ideologische und militärische Feldzug gegen Russland und China in der Politik der Bundesregierung. Angesichts dieser Politik ist es von Bedeutung, Farbe zu bekennen durch die Teilnahme am den Gedenkveranstaltungen zum 80. Jahrestag des Überfalls, z.B. am Ehrendenkmal im Treptower Park.

Ella Schleese

Kundgebung zum 80. Jahrestag des Überfalls der Faschisten auf die Sowjetunion

19. Juni 2021, 12 bis 15 Uhr, Sowjetisches Ehrenmal im Treptower Park, Berlin

Freundschaft bleibt das kostbarste Gut

Noch nie musste ich so lange nachdenken, was ich zu meinen Erlebnissen und persönlichen Begegnungen mit Menschen in der Sowjetunion und dem dabei persönlich Erlebten schreibe, als mich ein E-Mail von Elke Thiele mit der Bitte, das zu tun, erreichte.



Waren es meine in drei Miniaturbüchern aufgeschriebenen persönlichen Erlebnisse an der Erdgastrasse in der Sowjetunion, mein Erlebtes als Leiter eines Freundschaftszuges der besten Lehrlinge der DDR in die Sowjetunion, oder meine persönlichen Begegnungen mit den sowjetischen Kosmonauten Juri Gagarin und Valentina Tereschkowa? Oder vielleicht doch der Tanz mit „Valja“, wie sie liebevoll genannt wurde und mir als nicht besonders begabten Tänzer in Berlin? Oder vielleicht doch das Erlebte als Kreissekretär der DSF in herzlichen Dialogen mit sowjetischen Kosmonauten im Haus der DSF oder die legendären, immer mitreißenden „Bälle der Freundschaft“?

Ich habe mich für eine Begegnung mit Menschen entschieden, die mich in meiner Erinnerung daran, immer wieder neu bewegen. Während meiner dreijährigen Tätigkeit an der Erdgastrasse in der Sowjetunion gab es viele offizielle Begegnungen und solche mit einfachen, liebenswerten Menschen. Mit Menschen, die durch den verbrecherischen Überfall Hitlerdeutschland auf die Sowjetunion unermessliches Leid erfuhren. An einem kalten Tag im November 1983 wurden Freunde von mir und ich zu einem Treffen mit russischen Menschen in ein kleines Dorf, mehr als vierhundert Kilometer von Moskau entfernt, eingeladen. Wir drei wussten nicht, was uns dabei erwartete. Was wir auch nicht wussten, wir DDR-Bürger waren die ersten Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg in diesem typisch

russischen Dorf mit blau-grünen Holzhäusern. Unsere russischen Gastgeber, Teilnehmer am Großen Vaterländischen Krieg und jeder um die achtzig Jahre alt, empfingen uns so herzlich, als würden wir zu ihrer Familie gehören und umarmten uns. Im herzlichen Gespräch erfuhren wir von unseren Gastgebern, wie in ihrem Dorf im zweiten Weltkrieg erbitterte Kämpfe gegen die deutschen Faschisten tobten. Spuren davon gab es im Dorf noch. Im Wohnzimmer hingen Bilder von Familienmitgliedern, die für die Befreiung vom deutschen Faschismus ihr Leben verloren. Als ich das erfuhr,- dafür schäme ich mich nicht,- wurde es mir so schlecht wie bis zu diesem Zeitpunkt nie in meinem Leben. Mit meinen Freunden empfand ich Schuld und Scham zugleich, wozu Deutsche in der Sowjetunion fähig waren. Gleichzeitig rang ich nach mehr Luft und stürzte ins Freie. Als ich wieder richtig atmen und klar denken konnte, führten wir mit unseren Gastgebern das Gespräch weiter. Ein Satz der Alten hat sich für mein ganzes Leben in mein Gedächtnis eingepägt: „Wir brauchen nichts weiter als Frieden, Arbeit und Brot. Dafür sind wir bereit, unser Leben zu geben“. Noch nie in meinem Leben habe ich so prägende, die Friedenssehnsucht von Menschen beschreibende Worte gehört.

Die etwas bedrückende Gesprächsatmosphäre bemerkten unsere Gastgeber. Sie luden uns ein, an ihrem reichlich mit Speisen und Getränken gedeckten Tisch Platz zu nehmen. Darauf stand offenbar

alles, was im Hause vorhanden war. Eine Verkaufseinrichtung gab es in diesem Dorf aber nicht. Unsere russischen Gastgeber hatten eine Banja (Sauna) und eine Kuh. Sie boten uns den Aufenthalt in ihrer Banja an und versorgten uns, nicht mit Wodka, sondern frisch gemolkener Kuhmilch. Obwohl ich auch bei uns kein Sauna-Fan bin und werde, vergessen kann ich den Aufenthalt darin nicht. Gegenseitig „bearbeiteten“ sich Russen und Bürger der DDR mit Birkenreisig so, dass von Freundschaft in der Banja keine Rede sein konnte.... Aber, wie sagte Sebastian Kneipp richtig: Wer heute keine Zeit für seine Gesundheit hat, wird später viel Zeit für seine Krankheiten brauchen.

Als wir uns kurz vor Mitternacht vom Gastgeberpaar verabschiedeten, bewegten mich viele, sehr aufwühlende Gedanken. Wir kamen als Fremde und gingen, zum Abschied besonders herzlich umarmt, als Freunde. Das hinterließ tiefe Spuren in meinem Leben. Ich werde diese einfachen, herzlichen Menschen, denen der faschistische Krieg ihre Liebsten für immer nahm nie vergessen und will es auch nicht. Auf dem Rückweg zu unserem Basislager an der Erdgastrasse schwor ich mir unter dem Eindruck des Erlebten erneut: Frieden ist kein Geschenk des Himmels sondern mein Wirken dafür in Wort und Tat. Damit sich das von den russischen Gastgebern Erlebte und im Zweiten Weltkrieg Erlittene niemals wiederholen kann.

Als Linke, um den Bogen zu heute herzustellen, sollten wir uns gemeinsam und immer wieder dem herrschenden Zeitgeist widersetzen der uns einreden möchte, diese Treffen, Begegnungen mit Menschen und Gespräche, waren eine „von oben verordnete Freundschaft“. Das ist und bleibt eine politische und moralische Lüge zugleich und hat mit der Lebensrealität nichts zu tun.

Erik Rohrbach

Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

Rede unseres Kreisvorsitzenden und Bundestagskandidaten Stefan Kunath auf der heutigen Gedenkveranstaltung zum Tag der Befreiung am sowjetischen Ehrenmal auf dem Frankfurter Anger:



Der 8. Mai ist als Tag der Befreiung ein Tag der Freude. Er ist aber ebenso ein Tag der Mahnung:

Wir gedenken heute der Millionen Opfer der Nazi-Diktatur. Und wir gedenken jenen, die in vielen Ländern für den Sieg und die Befreiung kämpften.

Die Sowjetunion und die Rote Armee haben hierbei die mit Abstand schwersten Opfer auf sich genommen.

Die deutsche Kriegsplanung sah vor, 30 bis 50 Millionen Bürgerinnen und Bürger der Sowjetunion zu ermorden.

Bis zur Befreiung vom Faschismus starben etwa 27 Millionen Bürgerinnen und Bürger der Sowjetunion. In diesem Jahr, am 22. Juni, jährt sich der Überfall von Nazi-Deutschland auf die Sowjetunion zum 80. Mal. Es ist geradezu beschämend, dass die Bundesregierung keinen offiziellen Gedenkakt zum 22. Juni durchführt. Das zeigt, dass in der heutigen Erinnerungspolitik und im kollektiven Gedächtnis der Bundesrepublik Deutschland das Leid sowie die Verdienste der Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen Sowjetunion noch immer nicht ausreichend anerkannt sind.

Mit tiefer Sorge schaue ich auf eben diese Geschichtsvergessenheit. Sie führt dazu,

dass Deutschland die unvorstellbaren Opfer der ehemaligen Sowjetunion bis heute nicht ausreichend anerkennt.

Es ist unsere historische Verpflichtung, alles zu unternehmen, um eine gute Nachbarschaft, die Achtung des Völkerrechts und eine friedliche Zukunft mit den Ländern der ehemaligen Sowjetunion zu fördern.

Das schließt den entschiedenen Einsatz

- für weltweite Abrüstung,
- für eine Politik der Entspannung in Europa und gegenüber Russland und
- einen Stopp aller deutschen Rüstungsexporte ein.

Denn der 8. Mai ist als Tag der Befreiung ein Tag der Freude. Er ist aber ebenso ein Tag zur Mahnung: Nie wieder Krieg. Nie wieder Faschismus!"

(Es gilt das gesprochene Wort.)



IMPRESSUM

Der Rote Hahn
Informationsblatt der
Partei DIE LINKE, Frankfurt (Oder)

Kontakt:

✉ der-rote-hahn@dielinke-ffo.de

Beiträge, Bilder und Termine bitte ausschließlich an diese Email-Adresse senden!

Herausgeber

Kreisvorsitzender der Partei DIE LINKE, Frankfurt (Oder)
Kreisvorsitzender Stefan Kunath
Zehmeplatz 11
15230 Frankfurt (Oder)

☎ (0335) 4002047
☎ (0335) 4002031
✉ geschaeftsstelle@dielinke-ffo.de
🌐 <http://gleft.de/45M>
🌐 <https://www.dielinke-ffo.de/der-rote-hahn>
📘 <https://facebook.com/dielinkeffo>
📷 https://instagram.com/dielinke_frankfurtoder

AG Der Rote Hahn

Anja Kreisel (Leitung) (anja.kreisel@dielinke-ffo.de)
Michael Große, Sonnhild Grünberg,
Christian Lehmann, Elke Thiele, Joachim Wawrzyniak

regelmäßige Gastautor:innen:

Horst Dahlmann, Frank Kreitner,
Stefan Kunath, Ella Schleese, Günther Wullekopf
Satz und Druck: **Willi Wallroth**

Spendenkonto:

Kontoinhaberin:
DIE LINKE, Frankfurt (Oder)
IBAN: **DE73 1705 5050 3200 6168 99**
BIC: **WELADED1LOS**
bei der **Sparkasse Oder-Spree**
Kennwort: **Spende DER ROTE HAHN**

Druck: Eigendruck

Auflage: 400

Nächste Ausgabe: 24. Juni 2021

Einsendeschluss für die nächste Ausgabe:

15. Juni 2021, 13:00 Uhr

Nach diesem Termin eingesandte Beiträge können nicht mehr berücksichtigt werden!

Beratung der AG Der Rote Hahn: 17. Juni, 13:00 Uhr, Video-/Telefonkonferenz. Bitte rechtzeitig unter der-rote-hahn@dielinke-ffo.de anmelden!

Nachdrucke einzelner Artikel oder der gesamten Ausgabe bedürfen keiner Genehmigung, um eine Quellenangabe wird jedoch gebeten. Die Rechte an den Bildern liegen, sofern nicht anders gekennzeichnet, bei DIE LINKE. Kreisverband Frankfurt (Oder).

Gedruckt auf Recyclingpapier aus 100% Altpapier. Ausgezeichnet mit dem Blauen Engel und dem EU Ecolabel.



www.dielinke-ffo.de

Unruhige Zeiten für Eisenhüttenstadt

ArcelorMittal Eisenhüttenstadt GmbH, wie das ehemalige Eisenhüttenkombinat Ost (EKO) heute heißt, hat seit der Wende einige stürmische Zeiten erlebt.

Erst der ungewisse Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft und dann der lang andauernde Kampf um den Erhalt des Standortes.



FOTO: WIKIMEDIA COMMONS | USER: WOLKENKRÄTZER | CC-BY-SA40

Erst sollte das Werk von der Treuhand an den italienischen RIVA Konzern veräußert werden, was aus heutiger Sicht zum Glück scheiterte. Da kaufte die belgische Cockerill-Sambre Gruppe das Werk und schloss mit dem Bau des Warmwalzwerkes die technologische Lücke zwischen dem Stahlwerk und dem Kaltwalzwerk.

Aus Cockerill-Sambre wurde 1998 Usinor. 2001 fusionierte Usinor dann mit anderen europäischen Stahlkonzernen zu Arcelor. 2006 schließlich ging Arcelor mit dem britisch-indischen Stahlkonzern Mittal zusammen. Seitdem heißt das einstige EKO nun ArcelorMittal Eisenhüttenstadt GmbH (im Artikel werde ich aber nur vom EKO reden) und befand sich in halbwegs ruhige Fahrwasser.

Seit ein paar Wochen sind die Mitarbeiter:innen vom EKO und auch die Einwohner:innen in und um Eisenhüttenstadt abermals beunruhigt. Die Geschäftsführung hat verlauten lassen, dass der Hochofen in ein paar Jahren stillgelegt und durch eine neue Technologie ersetzt werden soll.

Was steckt dahinter?

ArcelorMittal hat sich zum Ziel gesetzt, den Stahl bis 2050 klimaneutral zu produzieren. Bis 2030 will man die CO₂-Emissionen um 30 % reduziert haben. Dieser Zielsetzung des Mutterkonzerns muss sich auch EKO stellen. Zudem gelangt der Hochofen 5A so langsam an seine Grenze, wo sich eine Sanierung nicht mehr rechnet. Auch ist fraglich, ob eine klimaneutrale Umrüstung des Hochofens überhaupt möglich ist.

Um dieses Ziel zu erreichen, will man eine innovative Anlage zur Direktreduktion von

Eisenerz errichten. Das bedeutet, dass man Eisenerz mithilfe von Wasserstoff zu Eisenschlamm reduziert. Ebenfalls errichtet werden soll ein Elektrolichtbogenofen, der dann den Hochofen ersetzen soll. In diesem Elektrolichtbogenofen soll dann der Eisenschlamm zu Roheisen geschmolzen werden. Was auf dem Papier sich erst mal positiv anhört, hat aber einige unsichere Faktoren, die ich kurz mal erläutern will und weswegen man in Eisenhüttenstadt zurecht beunruhigt ist.

1. Für das Projekt sind Investitionen in Milliardenhöhe notwendig, die ArcelorMittal aber nicht alleine bezahlen will. Man fordert eine Förderung seitens der Bundesregierung und der EU. Somit ist eine Finanzierung völlig unklar.
2. Der notwendige Wasserstoff soll aus der noch zu bauenden Wasserstoffinfrastruktur bezogen werden. Der dazu notwendige Wasserstoffcluster Ostbrandenburg muss auch erst noch entstehen.
3. Bis die Wasserstoffinfrastruktur steht, ist man vom Stahlwerk Bremen abhängig, woher dann der Eisenschlamm bezogen werden soll.
4. Moderne Technik bedeutet auch immer, dass man weniger Menschen braucht, die dann die Technik bedient. Wie viel weniger Mitarbeiter:innen bedeutet der Umstieg auf die klimaneutrale Produktion und wie will man auf die neue Technologie umschulen?
5. Man spricht von einer Stilllegung des Hochofens um das Jahr 2026 herum. Was ist, wenn bis dahin die genannten Faktoren 1 bis 2 nicht zur Verfügung stehen? Wie lange rechnet sich eine Versorgung des Stahlstandortes Bremen?

6. Man spricht von höheren Produktionskosten gegenüber der jetzigen Hochofentechnologie. Die europäische Stahlindustrie steht seit Jahren unter Druck, da zum Beispiel China Europa mit billigem Stahl zu schwemmt. Bereits jetzt gibt es eine weltweite Stahlüberproduktion von 660 Millionen Tonnen (Stand 2018). Zum Vergleich: 2018 wurden in Deutschland 35,7 Mio. Tonnen Stahl produziert und ist damit der größte Stahlproduzent in der EU.
7. Was passiert, wenn die EU und die Bundesregierung eine Förderung verweigert? Zwar gibt es bereits ein Förderprogramm der Bundesregierung zur klimaneutralen Umstellung der Stahlproduktion, aber ob man daraus Geld bekommt, steht in den Sternen.

Bis auf das vorgestellte Konzept gibt es derzeit nichts Aussagekräftiges. Man hat zwar ein schönes Video gedreht und auch einige Pressemitteilungen zur Beruhigung der Mitarbeiter:innen veröffentlicht, aber mehr auch nicht. Um die Mitarbeiter*innen die Sorgen, um ihre Arbeitsplätze zu nehmen, bedarf klare Fakten, auf die man bauen kann. Dies gibt aber das bisherige Konzept nicht her.

Fakt ist somit, auf den Stahlstandort Eisenhüttenstadt und auch auf die Region kommen unruhige Zeiten entgegen.

Frank Kreitner

Video "Auf dem Weg zum grünen Stahl - Bremen und Eisenhüttenstadt":
<https://youtu.be/IOXmKfkr7-w>



Der 1. Mai 2021 im Zeichen der Solidarität

Dem Aufruf der Gewerkschaften zur Kundgebung am 1. Mai auf dem Bahnhofsvorplatz waren etwa 80 Bürgerinnen und Bürger gefolgt, vertreten waren der DGB, verdi, die Eisenbahner- und Verkehrsgewerkschaft evg, DIE LINKE, die DKP, das Friedensnetz Frankfurt und der Bund der Antifaschisten. Sie alle unterstützen das Motto: **Solidarität ist Zukunft.**



Damit verbindet sich für die Redner die Kernforderungen, die Folgen der Pandemie nicht auf dem Rücken der Beschäftigten und sozial Benachteiligten auszutragen und sich in diesem Kampf zusammenzuschließen. Politisch bedeutet das, den erwirtschafteten Reichtum so umzuverteilen, dass alle von ihrer Arbeit leben können, einschließlich der Einführung verbindlicher und armutsfester Mindestlöhne von 13 Euro und mehr. Es darf nicht so sein, dass der Staat die Profitinteressen schützt, die Risiken und Folgen der Pandemie jedoch vergesellschaftet. Dem entspricht das Motto unserer Partei DIE LINKE: „Danke heißt mehr Gehalt“ für die Beschäftigten im Pflegebereich, im Handel, in den Kita und Schulen usw. Damit verbinden wir die Forderung: Staatliche Hilfen an die Unternehmen nur mit

Verbot von Arbeitsplatzabbau und dem Verbot von Gewinnausschüttungen.

Lucas Völker von der evg forderte die Solidarität unter und mit den Beschäftigten im Transportwesen ein. Sie sind hohen Belastung ausgesetzt und die Anforderungen an sie werden künftig weiter wachsen, u. a. in unserer Region mit der Ansiedlung von Tesla und dem damit wachsenden Transport auf der Schiene und auf der Straße. Die Verkehrswende, vor allem der Ausbau der Schienen-Infrastruktur, muss nachdrücklich eingefordert werden.

Solidarisch zu sein heißt für Frank Hühner, der an diesem Tag für den DGB sprach, u. a. allgemeinverbindliche Tarifverträge in allen Branchen durchzusetzen, das Kurzarbeitergeld so lange zu zahlen, wie die Pandemie dauert, öffentliche Auftragsver-

gabe an die Zahlung des Mindestlohnes von 13 Euro zu knüpfen und diesen Lohn sowie menschliche Lebensbedingungen auch für die Spargelstecher und Geflüchteten einzufordern.

Joachim Wawrcyniak rückt die Solidarität mit den Arbeitslosen und Hartz IV-Empfängern und ihren Familien ins Zentrum der Aufmerksamkeit. So gilt es z. B. öffentlich einzufordern, dass die Schülerinnen und Schüler aus den benachteiligten Familien schnellen, unbürokratischen Zugang erhalten zum digitalen Lernen durch die Ausgabe der Endgeräte an den Schulen.

Reinhard Schülzke vom Frankfurter Friedensnetzwerk hob heraus, dass es gerade in diesem Jahr, in dem wir dem 80. Jahrestag des faschistischen Überfalls auf die Sowjetunion gedenken, darum gehen muss, eine friedliche und gerechte Welt zu erkämpfen.

Alle Redner machten deutlich, wie eng die Bewältigung der Pandemie mit dem Kampf um soziale Gerechtigkeit, Klimagerechtigkeit und Frieden in Deutschland und in der ganzen Welt verbunden ist.

Sonnhild Grünberg

Der 1. Mai in Frankfurt (Oder)

Der 1. Mai – Tag der Arbeiter:innen-bewegung ist in Frankfurt (Oder) eng mit dem Brückenfest verbunden. Mit dem Brückenfest haben wir Jahr für Jahr sprichwörtlich Brücken geschlagen – zwischen Zivilgesellschaft, Parteien, Organisationen und Einzelpersonen der Stadtgesellschaft.

Es geht darum, gemeinsam mit den Menschen Politik zu machen, nicht stellvertretend für sie. Wir wollen im Gespräch bleiben und ausgehend von den konkreten Lebensverhältnissen der Menschen, gemeinsam politische Ziele zu formulieren und umsetzen. Wir machten deutlich, dass die Schaffung von sozialer Gerechtigkeit und die Stärkung der Rechte von Beschäftigten, eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist: an jedem Tag, nicht nur dem 1. Mai.

Im Jahr 2021 konnte wegen der Corona-Pandemie erneut kein Brückenfest stattfinden. Trotzdem steht die Gesellschaft nicht still und im Jahr der Bundestagswahl steht viel auf dem Spiel, auch in unserer Region. Wir haben auch in diesem Jahr ein virtuelles Brückenfest 2021 produziert – diesmal als Videoreihe. In sieben Beiträgen kommen engagierte Genoss:innen aus der Region Frankfurt – Oder-Spree – Märkisch-Oderland zu Wort. Es geht um die Situation von Sportvereinen während der Lockdowns, klimaschonende Stahlproduktion in Eisenhüttenstadt, die Arbeitsbedingungen in der zukünftigen Tesla-Fabrik, den Erhalt des Friedens in Europa und um die Rahmenbedingungen für vielfältige und freie Kulturangebote.

Wir laden Euch herzlich ein, die Videos auf unserer Website anzuschauen:

www.dielinke-ffo.de/1mai



Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts

Redebeitrag von Reinhard Schülzke vom Friedensnetz Frankfurt (Oder) zum 1. Mai 2021, dem Tag der Arbeit auf der Kundgebung vor dem Frankfurter Bahnhof.

Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter für eine solidarische Welt,

im Jahre 1890 begingen erstmals Millionen arbeitender Menschen in Europa und in den USA gleichzeitig den „Weltfeiertag der Arbeit“. Ein Feiertag gegen die unermessliche Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft zur Gewinnmaximierung der damaligen und heutigen mächtigen Finanz- und Wirtschaftselite bleibt nur ein ritueller Wunschtraum, wenn die Ausgebeuteten und ihre Interessenvertreter sich nicht wehren. Der Satz im DGB-Aufruf „Nur gemeinsam mit allen Beschäftigten und mit Unternehmen, die ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden und nicht auf schnelle Profite setzen, wird es uns gelingen, rasch die Krise zu überwinden.“ – dieser Gedanke ist unterstützungswert, aber die angesprochenen Unternehmen, die „ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden und nicht auf schnelle Profite setzen“ kann ich als verändernde Kraft gerade jetzt in der Krise nicht sehen.

Die Coronapandemie wirkt wie ein Brennglas und Brandbeschleuniger, den Krieg Reich gegen Arm sichtbar und siegreicher für die Mächtigen werden zu lassen. Neoliberalismus, Nationalismus und Faschismus als Instrumente der Macht gewinnen an Einfluss und zerstören den demokratischen, gesellschaftlichen und globalen Zusammenhalt. Daraus folgt ein menschenverachtender, zynischer Umgang mit den vor Krieg fliehenden und in Armut unterdrückten Menschen.

Ob wir sagen: „Diese Wirtschaft tötet“ – so der Papst Franziskus oder wie Heinrich Mann es sagte: „In einer Gesellschaft, die

auf Konkurrenz aufgebaut ist, kommt der Krieg und Faschismus von ganz alleine, man muss nichts dafür tun, man kann nur alles dagegen tun.“ – oder im Blick auf unser Land Paul Celans Worte: „Der Tod ist ein Meister aus Deutschland“ – all diese Worte als Lehren in manchen von uns eingebrennt – das sind nur andere Beschreibungen des apokalyptischen Zustandes dieser kapitalistischen Welt.

Alle mächtigen Banken und Konzerne nutzen die Corona-Krise zur Erzielung „schneller Profite“ und den Abbau von Jobs.



Während Kleinunternehmen und kleine Selbständige von den Pandemie-Maßnahmen hart getroffen sind, wird die eigentliche Produktionssphäre strikt ausgeklammert. Die Tests z.B. auf dem Bau, in Logistikzentren und in der Fleischindustrie zeigen deutlich: Das Virus zirkuliert gerade dort. Hunderttausende Menschen, die auf den Baustellen, in Betrieben und Büros arbeiten, werden unnötig der Gefahr einer Infektion ausgesetzt – alles nur wegen der „schnellen Profite“. Wenn es so bleibt, dann wird sich das Virus immer wieder aufs Neue ausbreiten.

Die Autorenschaft der neuen Zeitung „Zero Covid“ schreibt dazu: „Solidarität am 1. Mai und darüber hinaus heißt: Notwendig ist ein solidarischer Shutdown. Getra-

gen von unten. Mit dem Ziel Zero Covid. Mit dem Ergebnis: Rettung von Tausenden Menschenleben. Dabei müssen auch alle nicht-systemrelevanten Bereiche der Wirtschaft für eine gewisse Zeit heruntergefahren und ein flächendeckender Schutzschirm für alle dort Beschäftigten aufgespannt werden.

Die Gewerkschaften müssen ihrer Pflicht nachkommen: Schutz der Lohnabhängigen. Nach drei tödlichen Pandemiewellen ist klar: Die Regierenden schützen nicht uns, sie schützen Konzerne, Kapital und

Big Pharma. Die große Mehrheit der Menschen schützt sich individuell und trägt dazu bei, die gesellschaftliche Katastrophe einzudämmen. Wichtig ist jedoch gemeinsames Handeln. Es gilt, sich selbst zu organisieren. Unser Leben ist mehr wert als ihre Profite.“

Als Vertreter des Friedensnetzes möchte ich auf eine lebensbedrohende Entwicklung hinweisen, die unseren Widerstand herausfordert:

Im Schatten der Pandemie findet hemmungslose Aufrüstung der NATO, Sanktionspolitik und Kalte-Kriegs-Rhetorik statt. Besonders der NATO-Truppenaufmarsch an der russischen Land- und Seegrenze (von den meisten Medien verschwiegen) und die aktuellen Manöver, vor allen Defender 21, verschärfen die Situation in Europa. Ausbau aller Militärapparate, neue Militärbasen und Ausdehnung des Militarismus in den digitalen Raum sowie den Weltraum, verschärfen vorhandene Konfliktlinien und schaffen neue.

Treibt der neue US-Präsident und die NATO, die Welt in eine globale Katastrophe? Wie kann Frieden und Abrüstung erreicht werden?

Nicht ohne unseren verstärkten Druck, auch mit unserer Wahlentscheidung, müssen wir den Kriegsprofiteuren, Bellizisten und Mitläufern in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft widersprechen und das gemeinsame solidarische Handeln einfordern.

Dazu verlese ich am Schluss aus unserem Ostermarsch-Aufruf, der nicht öffentlich verlesen werden konnte, ein paar zusammenfassende Forderungen: „in einer Zeit, 80 Jahre nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion mit 27 Millionen Toten allein aus den Sowjetrepubliken, in der deutsche Soldaten wieder vor den Grenzen Russlands stehen und im Chor der NATO-Staaten von Mai bis Juni 2021 ein zweites „Defender Europe“-Kriegsmanöver mit 31.000 Soldaten im Süden am Schwarzen

Meer vorbereiten, „um bereit zu sein, zu kämpfen und zu gewinnen“, so der zuständige US-General Cavoli - ist es an der Zeit, steigenden Weltkriegsgefahren entgegenzutreten & uns aktiv für Frieden und Entspannung einzusetzen!

Wir fordern:

- Reduzierung der Rüstungsausgaben & Umverteilung dieser Gelder in Bereiche wie Gesundheit, Klimaschutz, Rente, Bildung & Armutsbekämpfung
- Beitritt Deutschlands zum UN-Atomwaffenverbot
- Abzug der Atomwaffen aus Büchel

- Keine Bewaffnung von Bundeswehrodronen
- Ächtung automatisierter autonomer Kriegsführung
- Stopp aller Rüstungsexporte sowie eine Konversion der Rüstungsindustrie

Wir fordern eine Politik der gemeinsamen Sicherheit, die auf Abrüstung, gewaltfreien Mitteln & Diplomatie beruht & eine neue Entspannungspolitik in Europa fördert!

Es bleibt die Erfahrung: Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts - halten wir fest an der Solidarität in den Zeiten der Pandemie. Vielen Dank.

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Aus der Arbeit des Kreisvorstandes



Die turnusmäßige Sitzung des Kreisvorstandes fand am 28. April statt. Als Gast war der Genosse Frank Hühner anwesend.

Als erstes stand die Auswertung der Landesvertreterversammlung auf der Tagesordnung: Genosse Stefan Kunath sprach von einer ausgeglichenen Liste, da fast alle Regionen Brandenburgs vertreten sind. Um die Prozentzahl der Wählerstimmen mindestens halten zu können, wird der Zweitstimmenwahlkampf auch als Wahlstrategie des Landesvorstandes angestrebt. Trotzdem gilt es natürlich für unseren Kandidaten und für die Partei sowohl Erst- als auch Zweitstimmen zu mobilisieren. Der Landesverband sollte geschlossen auftreten und mehr mit der Parteibasis und den Wählern kommunizieren. Wichtige Wahlkampfthemen sind u. a. die betriebliche Mitbestimmung, die gerechte Verteilung der Folgekosten der Großinvestition Tesla, aber auch die öffentliche Daseinsfürsorge.

Nach den Ausführungen des Kreisvorsitzenden folgten Berichte aus:

dem Kreisverband

Am Weltgesundheitstag war die Landesvorsitzende Genossin Anja Mayer zu Gast beim Pflegedienst Gallus und danach beim Betriebsrat des Klinikums. Weiterhin wurde über den Stand der Vorbereitungen zum 1. Mai informiert, so zur Kundgebung und der Übertragung des Livestreams. Zum Tag der Pflege am 12. Mai ist eine gemeinsame Kundgebung von verdi und unserer Partei geplant, zusätzlich wird es eine Steckaktion geben.

dem Landesverband

Zum 1. Mai wird auch vom Landesverband ein Livestream ins Netz gestellt. Die Info für die Mitglieder erfolgt per E-mail.

dem Bundesverband

Ein erster Entwurf zum Wahlprogramm liegt vor. Die dazu durchgeführte Online-Veranstaltung des Kreisverbandes fand keine Resonanz bei den Mitgliedern und dem Wahlteam. Dazu wurde eine Aussprache geführt.

der Fraktion in der SVV

Folgende Anfragen bzw. Themen wurden u. a. behandelt:

Die Landkreise und kreisfreien Städte fühlen sich vom Land bei der Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest allein

gelassen. Erwartet wird mehr Unterstützung vom Land und vom Bund. Weiterhin gibt es Probleme bei der Umsetzung des Hygienekonzepts an den Schulen, z. B. müssen diese sich die Tests teilweise selbst besorgen. Erarbeitet wurden Leitlinien für die Kinder- und Jugendbeteiligung an politischen Entscheidungsprozessen.

Im dritten Tagesordnungspunkt fand eine längere Aussprache zur Vorbereitung der Bundestagswahl statt:

So soll in der ersten Maiwoche eine offene Wahlwerkstatt mit Genossinnen und Genossen unter 50 Jahren, einschließlich der, die keiner BO angehören, aus dem gesamten Wahlkreis stattfinden. Weiterhin wird sich das Wahlkampfteam zur Klausur zusammenfinden. Themen des Treffens werden u. a. die Mobilisierung, die Erstellung örtlich bezogenen Wahlmaterials, die Erstellung eines gemeinsamen „Fahrplanes“ und Kalenders sowie die Abstimmung mit dem Landesvorstand sein. Zur Wahlstrategie fehlen noch die Zuarbeiten aus LOS. Das Kreiswahlbüro vereinbarte regelmäßige Treffen.

Somit stehen vielfältige Aufgaben für die nächste Zeit an, die hoffentlich gemeinsam und erfolgreich gelöst werden.

Elke Thiele

DIE LINKE verteidigt das Primat des Friedens als Modus internationaler Politik

So ist es im Leitantrag zum Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021 zu lesen.

Die Corona-Pandemie, Aussichten und Spekulationen zum Zurück in die Normalität sind auch im Mai das von den Leitmedien gebotene vorherrschende Thema. Bundespolitiker:innen von CDU/CSU, SPD, Grüne, FDP und AfD machen Wahlkampf an der Corona-Front

Der 76. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus fand eher routinemäßige Erwähnung; zudem noch oft als „Tag des Endes des 2. Weltkrieges in Europa“ deklariert. Im siebenten Jahrzehnt nach der totalen Niederlage des faschistischen Deutschlands und seines Bündnispartners Japan, die viele Länder mit Tod und Vernichtung überzogen hatte, ist in der herrschenden Politik wenig oder gar nichts mehr von einem friedlichen Miteinander der Völker spürbar. Das aber wurde in von der UNO geschaffenen Regelwerk gefordert.

Ein erfolgreiches Vorgehen gegen die nun bereits im zweiten Jahr global grassierende Corona-Pandemie erfordert zwingend eine uneigennützig kooperativ zwischen den Staaten. Dennoch ist vor allem die Politik der NATO-Staaten und der EU statt vom Willen zur friedlichen Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen zunehmend auf Standortkonkurrenz und der einseitigen Durchsetzung geopolitischer und wirtschaftlicher Interessen ausgerichtet. Gewaltandrohung und Kriege, in der UNO-Konvention 1945 unter Verbot gestellt, sind längst wieder Mittel der Politik. In Strategiedokumenten der von der USA geführten NATO und der EU werden Russland und China als Feindbilder beschrieben. Für die deutsche Bundesregierung ist das Potsdamer Abkommen der Siegermächte verjährt. Im November 2020 erklärte die Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer vor dem Bundestag, dass man mit Russland nur aus der Position der Stärke heraus verhandeln werde, was immer eine gute Tradition deutscher Außenpolitik gewesen sei, und das soll auch zukünftig so bleiben.

Soll der 8. Mai 1945, dem der 22. Juni 1941 vorausging, etwa nur die „gute Tradition deutscher Stärke“ unterbrochen haben?

Zur Erinnerung: Diese vier Jahre Krieg forderten 27 Millionen tote Sowjetbürger:innen und hinterließen große Regionen verbrannter Erde. Die von Politiker:innen der Großen Koalition immer wieder zu vernehmende Forderung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der internationalen Politik übernehmen muss, wird von der deutschen EU-Präsidentin Ursula von der Leyen mit den Worten charakterisiert „Deutschland müsse die Sprache der Macht erlernen“. Die Bundesrepublik betreibt eine Außenpolitik der Konfrontation und der Aufrüstung. Von Jahr zu Jahr werden die Rüstungsaufgaben erhöht und haben nun 67 Milliarden erreicht. Diese Mittel würden dringend für die Finanzierung der Corona-Folgen und des Gesundheitswesens benötigt. Etwa

13 000 Bundeswehrangehörige befinden sich in Auslandseinsätzen, zum Teil ohne das Mandat des Bundestages, wie in Litauen.

Die Bundeswehr agiert als Speerspitze der NATO bei Truppenaufmärschen und Manövern an Russlands Westgrenze. 2020 wurden die vom Bundestag genehmigten Mittel für Auslandseinsätze der Bundeswehr mit 230 Millionen überzogen. Die FAZ schrieb kürzlich: „Wirtschaftssanktionen sind billiger als Krieg!“ Doch sind sie ein erbarmungsloser kalter Krieg, den die USA so gegen Gesundheit und Leben der Menschen in Kuba und Venezuela führen. Der Kanzlerkandidat der SPD, Olaf Scholz, hält Sanktionen der USA gegen Unternehmen, die an der Pipeline Nord Stream 2 tätig sind, als einen nicht hinnehmbaren Eingriff in innere Angelegenheiten der BRD. Die deutsche Bundesregierung, in der er Vizekanzler ist, steht im Betreiben von Wirtschaftssanktionen gegen Russland und China vorne an.

So geht es zu, wo Konkurrenz, Macht und Profit die Politik bestimmen. Während in der Corona-Krise kleine Gewerbe, kleine und mittelständige Unternehmen von der Insolvenz bedroht sind, boomen Aufrüstung und Rüstungsexport. Die BRD ist global viertgrößter Rüstungsexporteur. Bei sogenannten Kleinwaffen ist sie Spitze.

Die Türkei und Saudi-Arabien führen mit deutschen Waffen im Irak, Syrien und im Jemen Kriege. Tausende Frauen und Kinder sind bereits Opfer dieser Kriege. Während Bundesaußenminister Heiko Maas nicht mit Worten für Menschenrechte in Russland und China spart, verbunden mit Forderungen nach weiteren Sanktionen, ist von ihm zu den Menschenrechtsverletzungen in der Türkei und Saudi-Arabien nichts zu vernehmen, geschweige die Forderung nach Stopp der Rüstungslieferungen. Es ist wohl für einen SPD-Politiker nicht klug, sich mit Rüstungsaktionären anzulegen. Dazu noch vor der Bundestagswahl.

Die Konfrontationspolitik der NATO, in der die BRD tief verstrickt ist, führt zu einer akuten Kriegsgefahr, vergleichbar mit einer Situation in den 80er Jahren, wie Friedensforscher besorgt äußern. DIE LINKE ist im Bundestag die einzige Partei, die sich für eine andere, eine friedensstiftende Außenpolitik einsetzt.

Mit der Bundestagswahl erfolgt auch eine außenpolitische Weichenstellung. Die Wählerinnen und Wähler finden nur im Bundestagswahlprogramm der Partei DIE LINKE Ziele und Forderungen wie

- Bundeswehr abrüsten statt aufrüsten, keine Bundeswehr mehr als weltweite Einsatzarmee;
- Abzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen;

- Rüstungsexporte stoppen;
- Atomwaffen raus aus Deutschland, nukleare Teilhabe beenden, Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages der UNO;
- Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Einbeziehung Russlands und mehr zu deutscher Verantwortung für zivile Konfliktlösung und eine friedliche Zukunft der Menschheit.

Es lohnt sich, den Leitantrag zum Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021 „Zeit zum Handeln. Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit“ in der Geschäftsstelle des Kreisverbandes abzurufen.

Horst Dahmann

Zum Wahlprogramm der LINKEN

- Unsere Wahlprogramme müssen übersichtlich sein – sie müssen auf Schwerpunkte setzen. 147 Seiten kann kein Mitglied an unsere Wähler:innen heran bringen- Also kürzer, kürzen und noch mal kürzen. Zur Vertiefung von Schwerpunkten sind Flyer ergänzend sinnvoll. Aber auch die sind straff und übersichtlich zu gestalten. (Dazu sollten auf Bundes- und Landesebene Arbeitsgruppen gebildet werden.)
- Wer gehört zu unserem Wählerklientel? Die Arbeiterklasse, sozial Benachteiligte, Arme. Migrant:innen, Asylsuchende, kleine Gewerbetreibende ...junge Menschen.
- Unsere Vorstellungen von einer alternativen Gesellschaft werden nur dann erfolgreich sein, wenn wir vom Wesen der Menschen ausgehen.
- Es gibt objektiv ein Spannungsfeld zwischen den individuellen menschlichen Eigenschaften und den gesellschaftlichen Erfordernissen hin zu einer alternativen Gesellschaft. Das aufzulösen geht nicht mit Schlagworten. DIE LINKE muss Begriffe wie Arbeit – Effektivität – Lebensweise u.a. neu definieren.
- Was nutzt uns als LINKE?
 1. Einheit durch Klarheit
 2. Zusammenwirken geht vor Rechthabe
 3. Die Einheit von Ökologie – Ökonomie und Soziales sowie Friedenssicherung muss von uns praktisch gelebt werden!
- Junge Leute zwischen 18 und 32 Jahren – für sie stehen im Mittelpunkt der Klimawandel zu 33 %, die Pandemie zu 14 %, die Altersarmut ihrer Generation zu 14%. 27 % der betroffenen 30 bis 32 jährigen tragen sich mit dem Gedanken Deutschland zu verlassen. (Was für die Gesellschaft als Ganzes zu weiteren Problemen führen wird.) Sichere Einkommen und Sicherheit für die Berufsausbildung sind für sie am wichtigsten. Wir „LINKEN“ müssen uns ihrer Problemen vordringlich stellen.
- Zum Hauptwiderspruch hat sich der zwischen kapitalistischen Wirtschaften und der Natur herausgebildet. DIE LINKE muss sich diesem Widerspruch annehmen. Wir müssen uns als LINKE auf allen Ebenen zu einer ökologischen Partei entwickeln. Es geht um die Lebensgrundlagen der Menschheit!
- Die Corona-Pandemie hat überdeutlich gemacht, unser Gesundheitssystem muss reorganisiert werden. Krankenhäuser, soziale Dienste, Altersbetreuung dürfen nicht privatisiert werden. Sie gehören in die öffentliche Hand. Gesundheitsminister Spahns Alternativmodell „Altenpflege und...“ ist so nicht zielführend. Gemeinsam mit den Gewerkschaften und Vertreter:innen der Einrichtungen müssen wir uns für deren grundlegende Überarbeitung einsetzen. Ein weiteres dringendes Handlungsfeld sind der Wohnungsbau, Sozialwohnungen und aktuell die Mietenpolitik.

Günther Wullekopf

(Anmerkung zum Beitrag "Von der Milieudebatte zum Klassenkampf" in der Ausgabe 03.2021: Vielen Dank an Tom Berthold für seinen inhaltsreichen Artikel. In diesem Sinne sollten wir unsere Mitglieder regelmäßig auf dem Laufenden halten und sie gleichzeitig weiterbilden.)

Glückwunsch und Dank an DIE LINKE. SDS

Als Urgroßvater habe ich mit Freude euren Flyer "Wissenschaft ist systemänderungsrelevant - Für emanzipatorische Bildung und kritische Wissenschaft" gelesen.

Ja, es ist leider so - mit der Übernahme des Systems "Bachelor und Master" ist eine noch stärkere Ausrichtung der Hochschulen und Universitäten auf die Wünsche der großen Konzerne erfolgt; zu Lasten der freien Wissenschaft und Forschung. Zukunftsrelevante - und - orientierte Forschung, die die Menschlichkeit bitter nötig hätte, kommt zu kurz. Das zeigt auch das Geschehen um die Corona-Krise.

Habt bitte weiter den Mut, Euch für eine freie und auf Zukunftsfragen ausgerichtete Forschung und Lehre an den Hochschulen und Universitäten einzusetzen.

Günther Wullekopf

"Zwischen Zeuthen und Brüssel"

Jeden Freitag veröffentlicht Helmut Scholz, Abgeordneter der LINKEN im Europaparlament, auf seiner Persönlichen Webseite:

www.helmutscholz.eu

einen Newsletter mit seiner Sicht auf das Geschehen in Brüssel. Dieser kann dort auch abonniert werden.



Schulmaterialien für kubanische Kinder



FOTOS: WOLFGANG FROTSCHER

Mitglieder der Frankfurter Regionalgruppe von Cuba Sí verpacken Material für Kubas Schulen. Die zahlreichen Dinge wurden teilweise direkt gespendet und auch von Spendengeldern gekauft. Die von uns befüllten Federmappen wurden von Christel genäht. Herzlichen Dank an alle Unterstützerinnen und Unterstützer!

1. Mai: Kundgebung auf dem Bahnhofsvorplatz



FOTOS: CHRISTEL RADESKE

Die Kundgebung zum 1. Mai auf dem Bahnhofsvorplatz wurde in diesem Jahr auch genutzt, um Info-Material über die US-Blockade gegen Cuba zu verteilen. Das Interesse war so groß, dass die mitgebrachten Materialien nicht ausgereicht haben!

Rechte Hetze instrumentalisiert das Leid der Betroffenen



Ausgerechnet am 8. Mai rief eine extrem rechte Gruppe DIE LINKE an den Protesten rund um die NPD zu einer Kundgebung in Frankfurt (Oder) auf. Besonders perfide: Die Gruppe nutzte das Thema (sexualisierte) Gewalt gegen Kinder und Jugendliche, um Bürger:innen für ihr menschenverachtendes, undemokratisches und rassistisches Gedankengut zu gewinnen.

anderen Akteur:innen war auch beteiligt. Krude, menschenfeindliche Theorien und die Instrumentalisierung des Leides von Betroffenen von Gewalt, werden wir niemals unwidersprochen hinnehmen! Unser Widerstand ist sicher.

Das Bündnis "Kein Ort für Nazis in Frankfurt (Oder)" rief zum Protest auf. Neben vielen bleibt dabei: Frankfurt ist und bleibt kein Ort für Nazis! Kein Fussbreit den Faschist:innen!

Wider das Vergessen!

Nie wieder Tschernobyl, nie wieder Fukushima!

Gedenk- und Mahnveranstaltung zum 35. Jahrestag der Tschernobylkatastrophe im Dom zu Fürstenwalde



TOBIAS PRÄKELS VON DER AG PATENSCHAFT ÜBERGIBT DEN SCHECK ÜBER 35 000 € AN DR. R. SUKOWSKI

25. April 2021, die Kühle des Doms empfängt die Mitglieder der Kirchengemeinde, der SODI - Gruppen entlang der Oder und des Friedensnetzes. Man kennt sich und begrüßt sich herzlich, zu Corona-Zeiten natürlich mit der gebotenen Distanz. Viele sind gekommen, die Größe des Raums ermöglicht dieses gemeinsame Gedenken, zu der die Kirchengemeinde in Fürstenwalde die Möglichkeit innerhalb eines Gottesdienstes geboten hat. Man hat im Dom noch Zeit, um in die Ausstellung der Friedensbibliothek „Erinnerung an die Zukunft“ zu gehen. Die Ausstellung macht nachdenklich!

Orgelmusik ertönt in der feierlichen Stille des Doms, lenkt unsere Aufmerksamkeit auf das Geschehen vor 35 Jahren. Am 26. April 1986 havarierte das Atomkraftwerk in Tschernobyl mit unvorhersehbaren Folgen. Tod und Krankheiten verbreiteten sich in Europa über große Landstriche, weit über den Ort Tschernobyl hinaus. Millionen Opfer sind zu beklagen. Es ist auch noch keine zeitliche Begrenzung der Folgeschäden voraussehbar.

Die Predigt von Pfarrer Jessa, die Worte von Frau Rabe und auch die Gebete sind gerichtet auf die Einmaligkeit des Lebens auf unserer Erde, die Schönheit der uns umgebenden Natur. Das zu schützen ist

unser höchstes Gebot. Die Atomkatastrophe in Tschernobyl vor 35 Jahren und in Fukushima vor 10 Jahren haben uns die Gefährlichkeit auch der friedlichen Nutzung der Atomkraft vor Augen geführt, eine Gefahr, der der Mensch noch viele Jahrzehnte schutzlos ausgeliefert ist.

Tobias Präkels aus der AG Patenschaften der Gesamtschule 3 in Eisenhüttenstadt berichtet über das erfolgreiche Wirken der AG, ihr Credo: Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Gegen das Vergessen zu wirken. Die AG führt regelmäßige Diskussionsrunden und Foren zur Aufklärung durch. Ihre Mitglieder engagieren sich für Natur und Umwelt. Sie unterstützen seit 2011 Patenschulen in der Tschernobylzone von Belarus, zur Zeit die Mittelschule in Otwerschtschi im Gebiet Brest. Tobias` Worte sind motivierend: „Auch mit kleinen Schritten kommt man ans Ziel.“

Ein Höhepunkt in dem Gedenk- und Mahngottesdienst: Tobias übergibt dem Vorstandsvorsitzenden von SODI e.V., Dr. Rolf Sukowski, den Spendengutschein der SODI Gruppen entlang der Oder. 35.000€ für eine mobile Messstelle an den Projektpartner, das unabhängige Institut für Strahlensicherheit BELRAD in Minsk, um vor allem Kindern in der verstrahlten Zone eine gesündere Zukunft zu ermöglichen.

In seinen Grußworten hebt Dr. Rolf Sukowski das Engagement der Eisenhüttenstädter Schülerinnen und Schüler hervor. Der Staffelnstab der Patenschaft wird stets an den nächsten Jahrgang weiter gegeben. Dr. Sukowski informiert darüber hinaus über die Tätigkeit des Vereins. Neben der Unterstützung der Menschen in von Strahlen verseuchten Regionen von Belarus werden vom Solidaritätsdienst International Objekte in der DR Kongo, in Kamerun und anderen Länder der Welt betreut.

Der Sprecher der SODI Gruppen entlang der Oder, Hagen Weinberg, dankt nach dem Gottesdienst allen, insbesondere der Domgemeinde Fürstenwalde und allen SpenderInnen der Oderregion. Ein großes Dankeschön, verbunden mit einer kleinen Anerkennung, erhält das Ehepaar Brunhilde und Hans Burkhardt aus Glienicke / Nb für ihr hervorragendes Spendenergebnis im ersten Quartal 2021. Die addierte Endsumme ihrer diversen Spendenlisten beträgt mehr als 2.000 €. Sie und alle Spenderinnen und Spender haben Anteil daran, dass das Ziel erreicht worden ist:

Zum 35. Jahrestag der Katastrophe 35.000,- € für eine mobile Messstelle an das Unabhängige Institut für Strahlensicherheit BELRAD in Minsk zuzusagen, um vor allem Kindern in der verseuchten Zone ein gesünderes Leben in der Zukunft zu ermöglichen!

Ella Schleese

Unterstützt die Projekte des Solidaritätsdienstes International (**SODI**) mit einer Spende!

Jeder Euro hilft, den Betroffenen ein besseres, gesünderes Leben zu ermöglichen!

Die Bankverbindung lautet:

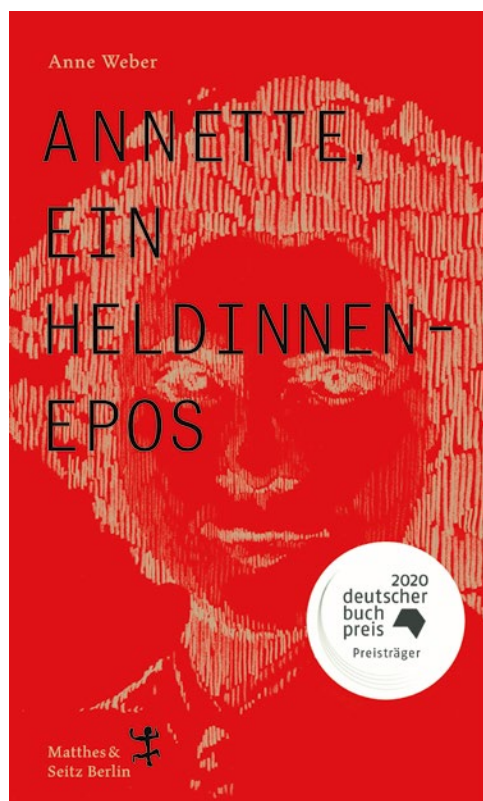
SODI e.V. Berlin

IBAN:

DE33 1002 0500 0001 0201 00

Kennwort: Tschernobyl

Annette, ein Heldinnenepos



**Support your local bookdealer!
Unterstützt den lokalen Buchhandel!**

Autor:in: Anne Weber
Titel: Annette, ein Heldinnenepos
Verlag: Matthes & Seitz
Erscheinungsdatum: 28.02.2020
Seiten: 208
ISBN: 978-3-95757-845-7
Preise
gebundene Ausg., Hardcover: 22,00 €
eBook (ePub): 15,99 €

Ein Heldinnenepos. In pink. Nicht meine Farbe und ich starre das ausgelesene Buch an. Denke darüber nach, wann ich jemals ein deutlich deklariertes Heldinnenepos las. Ich kann mich nicht daran erinnern, mir fallen nur Helden ein, besonders Homers Held Odysseus.

Dieses Buch aber ist eine Entdeckung. Auf 200 Seiten entfaltet sich ein so dichtes, so beeindruckendes Leben – das Leben von Anne Beaumanoir (geboren 1923), im Buch Annette genannt.

Die aufregende Lebensgeschichte kommt daher in unregelmäßigen Zeilen, es gibt keinen Reim, über die unregelmäßige Rhythmen fliegt das lesende Herz, das mit der stillen Heldin mitfiebert. Wenn Annette schon als Jugendliche Kämpferin in der Résistance wird, Befehle missachtet, um jüdische Familien zu retten und sich dabei in Lebensgefahr begibt. Nach dem Ende der deutschen Besatzung studiert sie, wird Medizinerin, heiratet, bekommt Kinder und lässt sich dann von der Nationalen Befreiungsfront Algeriens anwerben und wird wieder im politischen Untergrund, im Widerstand aktiv. Dafür wird sie zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt.

Das Buch ist eine Reise durch die Geschichte und eine Reise durch das Leben von Anne Beaumanoir, aber nicht ohne Humor. Auch heute noch engagiert

sie sich, gibt Vorträge gegen Nationalismus und Rassismus. Für ihren Einsatz und der ihrer Eltern zur Rettung von Juden im besetzten Frankreich erhielt sie von Yad Vashem den Ehrentitel „Gerechte unter den Völkern“.

Anne Weber erhielt für ihr Heldinnenepos den Deutschen Buchpreis 2020 und es gelingt ihr mit diesem ungewöhnlichen Buch nicht nur, eine Heldin nahbar zu machen, sondern weckt die Lust, unbedingt noch mehr Bücher über starke Frauen und ihr Leben lesen zu wollen. Es ist Zeit für Heldinnen.

Anja Kreisel

Eure Beiträge zum Internationalen Kindertag

Liebe Leser:innen,

der internationale Kindertag steht vor der Tür und angesichts der drängendsten Probleme in diesen Zeiten - Klimawandel, Corona-Pandemie - fragen wir Euch, welchen Wert Kinder in unserer Gesellschaft haben.

Was brachte das vom Oberbürgermeister René Wilke 2020 ausgerufene "Jahr des Kindes" hier in Frankfurt (Oder)?

Wie steht es um die Kinderrechte, die eigentlich spürbar im Grundgesetz verankert werden sollten? Wie steht Ihr als Eltern, als Großeltern, als Begleitung von Kindern zu ihnen?

Eure Sicht interessiert uns und gern möchten wir eure Zuschriften zum Thema in der kommenden Ausgabe abdrucken.

Eure Beiträge schickt Ihr bitte bis zum 15.6.2021 an der-rote-hahn@dielinke-ffo.de oder per Brief an die Geschäftsstelle.

Mit solidarischen Grüßen die

AG Der Rote Hahn



An dem kleinen Himmel meiner Liebe

Am 10. Mai gedachten Genoss:innen unseres Kreisverbandes mahrend in einer Live-Lesung an die nationalsozialistischen Bücherverbrennungen am 10. Mai 1933 auf dem Berliner Bebelplatz und in 21 weiteren deutschen Universitätsstädten.

Im schlichten Bühnenbild der Kulturmanufaktur Gestenberger Höfe wurden Texte von **Bertolt Brecht, Anna Seghers, Erich Mühsam, Adam Kuckhoff, Gina Kaus, Elfriede Brüning, Imgard Keun** und **Erich Kästner** vorgetragen.

Carmen Winter übernahm mit der Auswahl der Texte die dramaturgische Gestaltung und Thomas Strauch die passende musikalische Untermalung.

Neben **Carmen Winter** lasen **Stefan Kunath, Kerstin Meier, Anja Kreisel, Boba Preuß, Christoph Ewert** und **Johanna Hiebl**.

Wer möchte, kann sich die Lesung nachträglich hier noch einmal anschauen:

<https://kurzelinks.de/Lesung10Mai>

An dem kleinen Himmel meiner Liebe

Erich Mühsam

An dem kleinen Himmel meiner Liebe
will mich dünkt ein neuer Stern erscheinen.
Werden nun die andern Sterne weinen
an dem kleinen Himmel meiner Liebe?

Freut euch, meine Sterne, leuchtet heller!
Strahlend steht am Himmel, unverrücklich
eures jeden Glanz und macht mich glücklich.
Freut euch, meine Sterne, leuchtet heller!

Kommt ein neuer Stern in eure Mitte,
sollt ihr ihn das rechte Leuchten lehren.
Junge Glut wird euer Licht vermehren,
kommt ein neuer Stern in eure Mitte.

An dem kleinen Himmel meiner Liebe
ist ein Funkeln, Glitzern, Leuchten, Sprühen.
Denn ein neuer Stern beginnt zu glühen
an dem kleinen Himmel meiner Liebe.

Korrektur

Im Beitrag „So begann die Arbeit der ersten PDS-Fraktion in der SVV“ der AG Geschichte in der Ausgabe 04.2021, heißt es:

„Der Wahlkampf war für uns in dieser Form auch neu. Wir hatten ihn ja gerade bei der Bundestagswahl 1990 im März auf sehr unangenehme Weise erlebt.“

Es war **keine Bundestagswahl**, sondern eine **Volkskammerwahl**.

Wir bitten den Fehler zu entschuldigen.

Vor Ort in Frankfurt (Oder):



Foto: DiG/Thomas Kläber

Bettina Fortunato

Mitglied des Landtages Brandenburg

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Zehmeplatz 11 | 15230 Frankfurt (Oder)

Telefon: 0335 / 56 229 108

Telefax: 0335 / 56 229 109

Email: buero.frankfurt@bettina-fortunato.de

Internet: www.bettina-fortunato.de

EU muss Freigabe der Patente und Lizenzen für Corona-Impfstoffe zustimmen!

Martina Michels, Sprecherin von DIE LINKE im Europaparlament, kommentiert die Aussage von EU-Kommissionspräsidentin Von der Leyen, den Verzicht geistiger Eigentumsrechte für Coronaimpfstoffe in der EU zu diskutieren:

Martina Michels, Sprecherin von DIE LINKE im Europaparlament, kommentiert die Aussage von EU-Kommissionspräsidentin Von der Leyen, den Verzicht geistiger Eigentumsrechte für Coronaimpfstoffe in der EU zu diskutieren:

„Letzte Nacht haben die USA ihre Position zur Patentfreigabe für Corona-Impfstoffe endlich geändert. Wir brauchen jetzt sofort mehr Signale der Europäischen Kommission! Nur endlich auch zu erwägen, die Patente befristet freizugeben, reicht nicht. Der Impffortschritt kommt nur voran, wenn alle Menschen weltweit Zugang zu einer Impfung haben, wenn hochwertige Produktionsstätten, die Impfstoffforschung und die Vertei-

lung gefördert werden. Das fordern wir als Linke seit Monaten, doch erst letzte Woche wurden unsere entsprechenden Änderungs-Anträge im Europaparlament abgelehnt. Inzwischen setzen sich über 100 Länder für diese nachhaltige Pandemiebekämpfung ein. Es wird höchste Zeit, dass Frau von der Leyen sich bewegt.“

Helmut Scholz, handelspolitischer Sprecher von DIE LINKE im Europaparlament, ergänzt:

„Die EU-Kommission muss endlich auch in Genf bei der WTO und im TRIPS-Rat der Patent- und Lizenzfreigabe zum schnellstmöglichen Aufbau von Produktionskapazitäten weltweit zustimmen. Eine globale

Pandemie muss auch global bekämpft werden. Eine EU-weite Gesundheitsunion macht nur Sinn, wenn die Menschen weltweit immunisiert werden, um weiteren Mutationen den Boden zu entziehen. Das betrifft alle Bevölkerungsschichten, jung wie alt, wobei die Ärmsten wie immer am stärksten betroffen sind. Außerdem wäre dies ein echter Schritt, um die neue WTO-Generaldirektorin Okonjo-Iweala zu unterstützen, die den sogenannten "Waiver", also die Patent- und Lizenzfreigabe, zum ersten Schwerpunkt ihrer Amtsübernahme gemacht hatte.“

Martina Michels

Helmut Scholz

Impfen rettet Leben. Gebt die Patente frei!



DIE LINKE.



<https://www.die-linke.de/mitmachen/linksaktiv/impfpatente-frei>